



## Presseschau vom 17.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Lage: Beschuss des Donbass, Drohungen gegen Russland und dessen "Invasion"**

Die Vorwürfe des Westens gegenüber Russland vergiften seit Tagen das weltpolitische Klima. Die US-Regierung prophezeit eine "russische Invasion" der Ukraine, und Moskau dementiert dies stets erneut. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9>

#### **de.rt.com: Netzwerk "Friedenskoordination Berlin": "Sicherheit für Russland ist Sicherheit für unser Land!"**

Die sensationslüsternen Warnungen vor einem angeblich drohenden russischen Einmarsch in die Ukraine reißen – besonders in Großbritannien – nicht ab. Gegen die antirussische Stimmungsmache kommt Widerspruch, nicht nur aus der britischen Friedensbewegung. Auch in Berlin rufen Kriegsgegner zum Protest auf. ...

<https://kurz.rt.com/2tlt>

#### **Fjodor Lukjanow: Wie die Welt in eine weitere "Kubakrise" schlafwandelte**

Die Spannungen um die Ukraine drohen überzukochen. Die Geschichte zeigt jedoch, dass sie immer noch beruhigt werden können. ...

<https://kurz.rt.com/2tlo>

*Dagmar Henn: **Kein Genozid im Donbass? Erinnern wir uns an Odessa 2014...***

Vielleicht wird nach dem Besuch von Olaf Scholz bei Wladimir Putin die Hysterie in den deutschen Medien etwas heruntergedreht, und vielleicht lässt die NATO doch die Finger vom Krieg. Aber wirklicher Frieden mit Russland setzt voraus, das Gegenüber zu verstehen. Dafür bräuchte es die Wahrheit über die Ukraine. ...

<https://kurz.rt.com/2tkg>

snanews.de: **Endlich Sonderstatus für Donbass-Republiken? Ex-Chefinspekteur des Auswärtigen Amtes Exklusiv**

Dr. Hans-Ulrich Seidt war deutscher Botschafter in Afghanistan und Chefinspekteur des Auswärtigen Amtes, zuvor noch für das Auswärtige Amt in Washington, bei der Nato in Brüssel und in Moskau tätig. In einem Gespräch mit SNA teilt er seine Eindrücke vom Putin-Scholz-Treffen mit und spricht über die Zukunft der Donbass-Republiken. ...

<https://snanews.de/20220217/sonderstatus-fuer-donbass-republiken-5389640.html>

*Dagmar Henn: **Machtkampf in Peru spitzt sich zu – FDP-Stiftung im Mittelpunkt***

Vertreter der parlamentarischen Linken in Peru fordern einen Rauswurf der Friedrich-Naumann-Stiftung aus dem Land. Die Parteistiftung der FDP hatte ein Treffen mit Vertretern der extremen Rechten organisiert, bei dem Möglichkeiten eines Putschs gegen Präsident Castillo erörtert wurden. ...

<https://kurz.rt.com/2tmu>

*Tarik Cyril Amar: **"Hier gibt es nichts zu sehen": PR von westlichen Journalisten für ukrainische Neonazis***

Schlendrian bei der Berichterstattung oder der Eifer, eine einseitige Story zu verkaufen, hat Rechtsextreme in den Mittelpunkt gerückt – in den Mittelpunkt der Berichte durchaus zentristischer Medien, die nun Lobeshymnen an Neonazis in der Ukraine singen. ...

<https://kurz.rt.com/2tm3>

de.rt.com: **Frage an das Paul-Ehrlich-Institut: Ist mRNA-Impfstoff zum Vorteil für die Gesundheit der Menschen?**

Fünf Wissenschaftler richteten bezüglich des Impfstoffs Comirnaty® vergeblich einige Fragen an BioNTech-Chef Uğur Şahin. Nun wandten sie sich an das Paul-Ehrlich-Institut mit der Befürchtung, der Impfstoff könne möglicherweise nicht zum Vorteil für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland sein. ...

<https://kurz.rt.com/2tnv>

*Seyed Alireza Mousavi: **Neuer Wendepunkt in Israels Beziehung zu Kiew: Russlands Syrien-Karte im Ukraine-Konflikt***

Moskaus Position im Nahen Osten ist dank der Militäroperation Russlands in Syrien massiv gestärkt. Inmitten der Ukraine-Krise nimmt Tel Aviv nun davon Abstand, mehrere Batterien des Verteidigungssystems Iron Dome in der Ukraine zu stationieren. Israel befürchtet, dass dieser Schritt seine Beziehungen zu Russland beeinträchtigen könnte.

<https://kurz.rt.com/2tnq>

rusvesna.su: **Russland veröffentlicht seine Antwort an die USA zu Sicherheitsgarantien**

Das Außenministerium hat Moskaus Antwort auf US-Gegenangebote zu Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Der Text wurde wenige Stunden nach seiner Übergabe an US-Botschafter John Sullivan veröffentlicht. ...

<https://rusvesna.su/news/1645108709> [automatische Übersetzung]

**abends/nachts:**

**snanews.de: USA wollen mit antirussischer Politik von eigenen Problemen ablenken – Russlands Sicherheitsrat**

Eines der Ziele des antirussischen US-Vorgehens besteht laut dem stellvertretenden Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Mikhail Popow, darin, die Aufmerksamkeit von Washingtons eigenen Problemen, einschließlich der abnehmenden Dominanz in der Welt, abzulenken. Popow zufolge wird im Rahmen des hybriden Kriegskonzeptes eine „sorgfältig geplante komplexe vielschichtige Informationsoperation“ gegen Russland durchgeführt.

„Allgemein hat man den Eindruck, dass eines der Ziele dieser US-Operation darin besteht, die Aufmerksamkeit von den eigenen Problemen – von denen es viele gibt, sowie von der Umsetzung von Plänen Washingtons zur Wiederbelebung der rapid schwindenden Dominanz in der Welt abzulenken“, sagte Popow in einem Interview mit der Zeitung „Rossijskaja Gazeta“.

Worum es sich genau handele, werde sich unter anderem bei dem bevorstehenden Nato-Gipfel zeigen, der für Ende Juni 2022 in Madrid geplant sei.

„Es wird erwartet, dass ein neues strategisches Konzept für den Block verabschiedet wird, das die veränderten Sicherheitsbedingungen widerspiegelt. Und in welche Richtung die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten diese Sicherheitsbedingungen ändern, sehen wir schon“, sagte Popow.

Außerdem merkte der Politiker an, dass europäische Staaten aus dem Kreis der Nato-Verbündeten der USA die Verantwortung für die sehr wahrscheinlichen Provokationen Kiews gegen die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk tragen.

„Unter dem Vorwand einer angeblichen russischen Bedrohung zwangen die Amerikaner ihre Nato-Verbündeten, sich zu vereinen, und haben gefordert, dass sie die Verlegung von Waffen und Munition in die Ukraine erheblich erhöhten. Damit werden die europäischen Länder für die sehr wahrscheinlichen Provokationen gegen Donezk und Lugansk seitens Kiews, einschließlich des Einsatzes aller Arten von nationalistischen Formationen und Söldnern, verantwortlich gemacht“, erklärte Popow.

Washington hat ihm zufolge auch gefordert, dass seine Verbündeten dringend aus den Vereinigten Staaten verlegte Truppen auf ihren Territorien stationieren und einem zusätzlichen Einsatz von amerikanischen Streitkräften in der Zukunft zustimmen.

„Das heißt, den schüchternen Versuchen einer Reihe westeuropäischer Länder Unabhängigkeit zu demonstrieren, steht die Bereitschaft der USA gegenüber, die Kontrolle auf dem europäischen Kontinent durch ihre erweiterte Militärpräsenz zu verstärken“, fügte er hinzu.

**Ukraine-Situation**

Am Dienstag hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, mitgeteilt, dass Russland seine Streitkräfte nach der großangelegten Übung im Rahmen des Unionsstaates mit Belarus im Süden und Westen des Landes zum Teil abziehe.

Das Großmanöver ist in die Zeit zunehmender Spannungen zwischen Russland und dem Westen wegen der Ukraine-Krise gefallen. Westliche Staaten werfen Russland vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben und eine Invasion in das Land zu planen.

Moskau dementiert das und fordert seinerseits von den USA und der Nato umfassende Sicherheitsgarantien. Russland verlangt unter anderem ein Ende der Nato-Osterweiterung und einen Verzicht auf eine mögliche Aufnahme der Ukraine in das westliche Militärbündnis. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, hat in Bezug auf den Truppenabzug erklärt, Russland führe Militärübungen „auf seinem eigenen Territorium“ und „seinen eigenen Plänen“ entsprechend durch und dies habe nichts mit der „Hysterie“ und den „paranoiden

Szenarien“ des Westens in Bezug auf einen angeblichen Einmarsch in die Ukraine zu tun.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0a/5306157\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_93dfa34806badee981e57c8a87240402.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0a/5306157_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_93dfa34806badee981e57c8a87240402.jpg)

### de.rt.com: **Russlands Sicherheitsrat bezeichnet US-Soldaten und Kampfjets in Europa als Bedrohung**

Der russische Sicherheitsrat hat das US-Militär mit seinen Zehntausenden Soldaten und taktischen Atomwaffen in Europa als Bedrohung für Russland bezeichnet. Demnach soll sich die Zahl von US-Panzerwagen auf dem Kontinent innerhalb von sieben Jahren vervierfachen haben.

Der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates hat am Mittwoch in einem Kommentar für die Zeitung Rossijskaja Gaseta das US-Militärkontingent in Europa als Bedrohung für Russland bezeichnet. Michail Popow zufolge bestehe das Hauptziel der Stationierung von US-Truppen auf dem Kontinent darin, Russland zu bedrohen.

"Zu diesem Zweck wurde in der Region eine bedeutende Gruppierung von US-Streitkräften mit mehr als 60.000 Soldaten, 200 Panzern und etwa 150 Kampfflugzeugen gebildet."

Demnach hätten sich die Zusammensetzung und die Kampffähigkeiten des US-Truppenverbands in den letzten sieben Jahren erheblich verbessert. Die Zahl der US-Bodentruppen in Europa sei um 30 Prozent gestiegen. Die Zahl der gepanzerten Fahrzeuge habe sich vervierfacht, erklärte Popow.

Zudem würden die USA taktische Atomwaffen bereithalten und die Fähigkeiten des europäischen Segments des globalen Raketenabwehrsystems der USA ausbauen, stellte der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates fest. Darüber hinaus verwies er auf ein Abschreckungsprogramm in Europa, für das das Pentagon seit dem Jahr 2014 vier bis fünf Milliarden US-Dollar jährlich ausbebe.

"Die erzwungene Notwendigkeit, auf diese Bedrohungen zu reagieren, erfordert von Russland finanzielle und materielle Ressourcen, die wir sonst für eine weitere Entwicklung unseres Landes ausgeben könnten."

Dabei schade die "antirussische Hysterie" nicht nur Russland. Damit wollten die USA ihre europäischen Partner zu mehr Verteidigungsausgaben anspornen und ihnen kostspielige US-Rüstungsgüter aufzwingen, sagte Popow.

Mitte Dezember hatte Moskau seine Sicherheitsvorschläge an Washington und die NATO übermittelt. Die Hauptforderung Russlands war, dass sich die NATO nicht mehr nach Osten erweitern sollte. Dabei beharrte Russland auf einer schriftlichen Punkt-für-Punkt-Stellungnahme. Am 26. Januar sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, die NATO lehne alle Forderungen zur Nichterweiterung ab. Er betonte, dass insbesondere ein Kompromiss in Bezug auf den Beitritt der Ukraine ausgeschlossen sei. Später erklärte Putin,

die USA und die NATO hätten die prinzipiellen Sorgen Moskaus in ihren Antworten auf die Vorschläge des Kreml zu Sicherheitsgarantien ignoriert. Anfang Februar veröffentlichte die spanische Zeitung El País geleakte Dokumente, laut denen die USA und die NATO die wichtigsten Forderungen Russlands nach einer Nichterweiterung des Militärblocks nach Osten und breiter zu fassenden europäischen Sicherheitsgarantien ablehnten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620d0ecb48fbef079f5264e6.jpg>

### snanews.de: **Moskau: Außenministerin Truss sollte sich für ihre absurden Worte entschuldigen**

Die britische Außenministerin Liz Truss sollte sich laut dem russischen Außenamt bei den Völkern Russlands, der Ukraine und Großbritanniens für ihre absurden Äußerungen entschuldigen.

„Sie sollte sich auch bei den Massenmedien entschuldigen, die ihre Erklärungen als wahr abgedruckt hatten“, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch in Moskau.

Zuvor hatte Truss eine Invasion der russischen Truppen in die Ukraine als „sehr wahrscheinlich“ (highly likely) bezeichnet, obwohl die russischen Truppen nach ihrem abgeschlossenen Manöver in ihre Stationierungsorte zurückkehren.

#### **Vom Westen ersehnte russische Invasion der Ukraine bleibt aus**

„Die vergangene Nacht hat deutlich vor Augen geführt, dass ‚The Sun‘, ‚Mirror‘, Fox News und ähnliche Medien ihre Leser und Zuschauer schlicht betrogen hatten“, hieß es in einer am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung des russischen Außenministeriums.

„Diesen Medien lagen keine Invasionspläne der russischen Streitkräfte vor und konnten auch nicht vorliegen, denn solche Pläne gibt es nicht. Diese Medien haben auch keine glaubwürdigen Quellen in der US-Aufklärung. Diese Medien haben einen angelsächsischen Auftrag erfüllt, indem sie einen erfundenen, durch nichts belegten ‚Fakt‘ präsentierten, ohne sich darum zu kümmern, dass er durch die Realität bald widerlegt würde. So ruiniert man das eigene Ansehen“, hieß es aus Moskau.

Zuvor hatten „The Sun“ und „Mirror“ berichtet, dass Russland in der Nacht zum Mittwoch, 01.00 Uhr Londoner Zeit, in die Ukraine einmarschieren werde. Fox News zufolge würde Russland die ukrainische Hauptstadt Kiew binnen 36 Stunden einnehmen, die Infrastruktur des Landes zerbomben und funkelektronische Kampfmittel einsetzen.

Nachdem es keine Invasion gab, ersetzte „The Sun“ die Uhrzeit durch „jederzeit“, während „Mirror“ das nicht einmal korrigierte.

Alles, was diese „Medien“ schreiben und berichten, sollte jetzt nicht nur angezweifelt, sondern auch gründlich überprüft werden, betonte das russische Außenamt.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/10/5386858\\_0:178:2733:1715\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_8ca5d84376a528fa713f94f17d4a4c8.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/10/5386858_0:178:2733:1715_1920x0_80_0_0_8ca5d84376a528fa713f94f17d4a4c8.jpg)

### de.rt.com: **China: USA haben "Kriegsdrohung aufgebauscht" und der Ukraine geschadet**

Peking hat die Rolle der USA im Ukraine-Konflikt scharf kritisiert und den Westen aufgefordert, die Verbreitung von Falschinformationen über eine angebliche russische Invasion zu beenden. Diese schade allein dem ukrainischen Volk.

Peking hat mit scharfen Worten die fortlaufende Beschwörung einer angeblichen russischen Invasion scharf kritisiert. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin sagte am Mittwoch auf einer Pressekonferenz, dass Washingtons übertriebener Kriegsgefahr-Hype der ukrainischen Wirtschaft und der sozialen Stabilität des Landes einen Schlag versetzt habe. Der chinesische Diplomat erklärte:

"In den letzten Tagen hat die US-amerikanische Seite die Kriegsdrohung aufgebauscht und künstlich eine angespannte Atmosphäre geschaffen, die der Wirtschaft, der sozialen Stabilität und den Lebensbedingungen des ukrainischen Volkes ernsthaft geschadet und den Widerstand gegen die Fortsetzung der Verhandlungen und des Dialogs zwischen den betroffenen Parteien verstärkt hat."

Wang hoffe, dass der Westen "aufhören werde, solche falschen Informationen zu verbreiten, und mehr tun werde, um Frieden, gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeit zu fördern". Bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am Montag berichtete Verteidigungsminister Sergei Schoigu derweil über die Übungen der russischen Streitkräfte in verschiedenen Gewässern, im russischen zentralen Militärbezirk und in Belarus. Der oberste Militärbeamte teilte dem Präsidenten mit, dass einige der Übungen bereits "kurz vor dem Abschluss stehen und andere in naher Zukunft abgeschlossen werden". Später erklärte das Verteidigungsministerium, dass die russischen Truppen nach Beendigung der Übung zu ihren ständigen Militärstützpunkten zurückkehren würden. Das Ministerium wies darauf hin, dass die Einheiten der südlichen und westlichen Militärbezirke bereits mit der Verladung der Ausrüstung für den Transport begonnen hätten und am Dienstag mit der Abreise beginnen würden.

Wie US-Präsident Joe Biden am Dienstag erklärte, würde die US-Führung es begrüßen, wenn Russland seine Truppen nach den Übungen zu ihren ständigen Stützpunkten zurückkehren ließe. Jedoch könne Washington noch nicht bestätigen, ob dies der Fall ist. Biden zufolge hat Russland "mehr als 150.000 Truppen" in der Nähe der ukrainischen Grenze stationiert. Die von den westlichen Staaten seit Wochen heraufbeschworene Invasion sei daher "nach wie vor gut möglich". Inzwischen haben sich jedoch bereits mehrere Ankündigungen westlicher Medien zum genauen Zeitpunkt des russischen Einmarschs als Fake News erwiesen, so

zuletzt jene der britischen Zeitung Sun. Diese hatte den Zeitpunkt des Einfalls in die Ukraine auf Mittwochmorgen bestimmt.

In letzter Zeit wurden in der Ukraine und im Westen immer häufiger Behauptungen über eine angebliche russische "Invasion" in die Ukraine laut. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnete solche Informationen als "leere und unbegründete" Eskalation der Spannungen und betonte, dass Russland für niemanden eine Bedrohung darstelle. Er schloss jedoch nicht aus, dass Provokationen geschürt werden, um solche Behauptungen zu rechtfertigen, und warnte, dass Versuche, den Konflikt im Südosten der Ukraine mit Gewalt zu lösen, schwerwiegende Folgen haben würden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620d2c8d48fbef7ab560444e.jpeg>

**vormittags:**

snanews.de: **Tschechiens Präsident: USA haben sich mit Prognose über Russlands Invasion in Ukraine blamiert**

Die US-Geheimdienste haben sich bereits zum dritten Mal in den letzten Jahrzehnten blamiert, dieses Mal mit der Vorhersage eines Kriegs in der Ukraine. Das erklärte der tschechische Präsident Miloš Zeman in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview für das Nachrichtenportal „Idnes“.

„Ich habe bereits vor ein paar Tagen gesagt, dass es meines Erachtens keinen Krieg (in der Ukraine) geben wird. Denn die Russen sind nicht so verrückt, sich auf eine Operation einzulassen, die ihnen mehr schaden als nützen würde“, so der Präsident.

Laut Zeman ist dies die dritte Blamage für die Amerikaner in den letzten Jahrzehnten. Die erste sei im Irak gewesen, wo die USA keine Massenvernichtungswaffen gefunden hätten. Die zweite Blamage habe Washington zu verantworten, als es erklärt habe, dass die Taliban\* Kabul nie einnehmen würden.

„Und jetzt die dritte (in der Ukraine)“, bemerkte Zeman.

Die westlichen Medien hatten im vergangenen Monat mehrmals ein Datum und sogar eine Uhrzeit für den „Einmarsch“ Russlands in die Ukraine genannt. Am Dienstag hatte aber der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, mitgeteilt, dass Russland zum Teil seine Streitkräfte nach einer großangelegten Übung abziehe.

Das Großmanöver ist in die Zeit zunehmender Spannungen zwischen Russland und dem Westen wegen der Ukraine-Krise gefallen. Westliche Staaten werfen Russland vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben und eine Invasion in das Land zu planen.

Moskau dementiert das und fordert seinerseits von den USA und der Nato umfassende Sicherheitsgarantien. Russland verlangt unter anderem ein Ende der Nato-Osterweiterung und einen Verzicht auf eine mögliche Aufnahme der Ukraine in das westliche Militärbündnis. Russland hatte in Bezug auf den Truppenabzug erklärt, man führe Militärübungen „auf

seinem eigenen Territorium“ und „seinen eigenen Plänen“ entsprechend durch, und dies habe nichts mit der „Hysterie“ und den „paranoiden Szenarien“ des Westens in Bezug auf einen angeblichen Einmarsch in die Ukraine zu tun.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/01/15/610472\\_0:43:2753:1592\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_08cd222ec6c5ba276b6264484aea50cd.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/01/15/610472_0:43:2753:1592_1920x0_80_0_0_08cd222ec6c5ba276b6264484aea50cd.jpg)

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. Februar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Am 17. Februar zwischen 5:00 und 6:00 Uhr wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

**Sokolniki, Solotoje-5, Weselenkoje, Nishneje Losowoje und Donezkij** wurden mit 120mm-Mörsern (insgesamt 35 Geschosse), 82mm-Mörsern (insgesamt 12 Geschosse), Granatwerfern (insgesamt 48 Schüsse) und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

snnews.de: **Russische Botschaft: USA sollen auf militaristische „Selbsthypnose“ verzichten**

Russland mahnt das US-Außenministerium, den „militaristischen Rausch“ seiner Massenmedien in Sachen Ukraine nicht anzufeuern. Das erklärte die russische Botschaft in Washington.

„Wir mahnen das US-Außenministerium, den ‚militaristischen Rausch‘ von Journalisten nicht anzufeuern, sondern sich auf wahrhaft wichtige Fragen der diplomatischen Regelung des innerukrainischen Konfliktes zu konzentrieren“, heißt es in einer Erklärung der diplomatischen Mission auf ihrer Facebook-Seite.

Die Botschaft nahm Stellung zum jüngsten Interview des Sprechers des State Department, Ned Price, mit dem Fernsehsender CNN. Darin versuchte Price, Moskau der Verbreitung von ungläubwürdigen Informationen über die Ukraine zu überführen.

Die Diplomaten der Botschaft konstatierten, dass „der in den USA hochgepuschte Grad antirussischer Hysterie es amerikanischen Kollegen nicht erlaubt, Dinge objektiv zu sehen“.

„Die Selbsthypnose, bei der ein russischer Überfall unabwendbar erscheint, geht unentwegt weiter. Es ging soweit, dass CNN im Vortagsinterview mit Ned Price in einer Live-Reportage aus Kiew im Grunde genommen einen Countdown für die vermeintliche Invasion gestartet hat, die der TV-Sender für Morgen des 16. Februar ‚festsetzte‘“, hieß es.

Westliche Medien haben im letzten Monat mehrmals das Datum und sogar die Uhrzeit der „Invasion“ Russlands in die Ukraine genannt.

Die britische Zeitung „The Sun“ schrieb unter Berufung auf US-Geheimdienste, dass die

Angriff der russischen Truppen am 16. Februar um drei Uhr beginnen werde. Wie die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, behauptete, könnte die „Invasion“ „zwischen Mitte Januar und Mitte Februar“ beginnen.

Daraufhin schlug der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow, den Ukrainern zum Scherz vor, den „Wecker zu stellen“, um den Überfall nicht zu „verschlafen“. Der Westen beschuldigt Russland, die Situation um die Ukraine zur Eskalation zu bringen. Der Kreml und das russische Außenministerium bestreiten die Anschuldigungen und betonen, dass Russland an dem innerukrainischen Konflikt nicht beteiligt sei und gegen die diesbezüglichen Vereinbarungen nicht verstoße – im Gegensatz zu Kiew, das sich weigere, die Minsker Abkommen einzuhalten.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/11/5388619\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_70e0d0ff2caa65d7b33d13ba3e6d4916.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/11/5388619_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_70e0d0ff2caa65d7b33d13ba3e6d4916.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. Februar 3:00 Uhr bis 17. Februar 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen: *Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).* Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaften **Sajzewo (jushnoje), Kominternowo.**

### **Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 17.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **de.rt.com: USA verlegen CIA-Büro von Kiew nach Lwow**

US-amerikanische Behörden haben das Kiewer Büro des US-Geheimdienstes CIA in die westukrainische Stadt Lwow verlegt. Das berichtete die New York Times. Grund sei die angeblich bevorstehende Invasion Russlands in die Ukraine.

Vor dem Hintergrund einer angeblich bevorstehenden russischen Invasion haben US-amerikanische Behörden Mitarbeiter der Central Intelligence Agency (CIA) aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew abgezogen.

Wie die New York Times am Dienstag berichtete, wird das CIA-Personal stattdessen in Lwow stationiert, der größten Stadt im Westen des Landes nahe der Grenze zu Polen.

Dem Blatt zufolge könnte diese Entscheidung, die aus Sicherheitsgründen getroffen worden sein soll, die USA jedoch über die russischen Aktivitäten in der Ukraine im Unklaren lassen

und die laufende US-Mission zur Gewinnung von Geheimdienstinformationen in der Ukraine behindern. In jüngster Zeit hätten US-Agenten an der Aufdeckung verschiedener angeblicher russischer Komplote zum Sturz der Regierung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij gearbeitet.

Die Entscheidung des Weißen Hauses, die CIA-Zweigstelle zu verlegen, folgt der Entscheidung vom Montag, auch die US-Diplomaten vorübergehend in Lwow unterzubringen. Das Konsulat wird seinen Betrieb normal fortsetzen, wobei eine kleine Anzahl von Mitarbeitern in der Hauptstadt verbleibt. Bei einer Pressekonferenz am Montag wollte der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price die genaue Zahl nicht aber nennen. Am Montag empfahl das US-Außenministerium seinen Staatsbürgern, Weißrussland und Transnistrien, eine abtrünnige Region in der Republik Moldau, zu verlassen. Zudem sind US-Bürger bereits aufgefordert, die Ukraine zu verlassen.

Die Ankündigung über die Verlegung der CIA erfolgte angesichts von Befürchtungen über eine angebliche bevorstehende Invasion Russlands in die Ukraine. Dies, obwohl Moskau gestern nach der planmäßigen Beendigung der Manöver mit dem Rückzug seiner Truppen aus den Regionen nahe der Grenze zur Ukraine begonnen hat. Die USA betrachteten das gemeinsame Kampftraining der russischen und weißrussischen Streitkräfte als Vorläufer einer russischen Invasion in die Ukraine und bezeichneten Moskaus Truppenabzug als nicht "verifiziert".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620df70148fbef65b20cb2d3.jpg>

### de.rt.com: **USA verlegen F-35-Kampfbjets nach Deutschland**

Die US-Luftwaffe hat mehrere F-35-Kampfbjets nach Deutschland verlegt. Diese weitere Aufrüstung der in Europa stationierten US-Streitkräfte soll "Aggressionen abschrecken und Verbündete verteidigen, falls die Abschreckung versagt", so Washington.

Mehrere Kampfbjets des Typs F-35A Lightning II wurden am Mittwoch auf dem deutschen Luftwaffenstützpunkt Spangdahlem stationiert, um "Aggressionen abzuschrecken und Verbündete zu verteidigen, falls die Abschreckung versagt".

Unterdessen warten die USA weiterhin auf eine angeblich "drohende" Invasion Russlands in die Ukraine.

Das US Air Force Reserve Command teilte in einer Erklärung mit, dass die Kampfbjets "in voller Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung" nach Deutschland verlegt worden seien. Die Kampfbjets würden "die Einsatzbereitschaft erhöhen, die kollektive Verteidigungshaltung der NATO verbessern und die Fähigkeiten zur Luftintegration mit Verbündeten und Partnerstaaten weiter steigern". In der Mitteilung hieß es außerdem:

"Die Flugzeuge sind für eine Vielzahl von Missionen zur Abschreckung von Aggressionen und zur Verteidigung von Verbündeten im Falle eines Scheiterns der Abschreckung

ausgerüstet."

Während unklar bleibt, wie viele Flugzeuge verlegt wurden, rühmte sich Oberst Craig Andrie, Kommandeur der 388. Fighter Wing-Abteilung, dass der Einsatz "beweist, dass wir unserer Luftwaffe die Fähigkeiten der F-35A überall auf der Welt schnell zur Verfügung stellen können". US-General Jeff Harrigian, Kommandeur der US-Luftstreitkräfte in Europa, erklärte, dass der Einsatz "unsere Unterstützung der NATO-Verteidigung erheblich verbessert".

In dieser Woche verlegten die USA außerdem sechs KC-135 Stratotanker zum deutschen Luftwaffenstützpunkt Ramstein und acht F-15E-Kampfflugzeuge nach Lask in Polen. Seit Ende Oktober behaupten Vertreter westlicher Regierungen und Medien, der Kreml plane eine Invasion in die Ukraine. In den vergangenen Wochen würden sich die Andeutungen, dass ein Krieg unmittelbar bevorstehe, häufen. Moskau dementiert diese Behauptungen wiederholt. Auch der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij sowie weitere hochrangige Regierungsvertreter haben die Behauptungen entkräftet.

Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, behauptete kürzlich, dass "eine Invasion jederzeit beginnen könnte". Westliche Medien verkündeten mehrere mögliche Invasionstage, die jedoch alle ohne militärische Aktivitäten verstrichen.

In der Zwischenzeit evakuierten die USA ihre Botschaft in Kiew und rieten allen US-Amerikanern, die sich in der Ukraine aufhalten, das Land so schnell wie möglich zu verlassen, da ein baldiger Ausbruch des Konflikts bevorstehe. Medienberichten zufolge wurden die in der Ukraine stationierten CIA-Agenten aus Kiew nach Lwow evakuiert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620dff3bb480cc19517b7352.jpg>

### snanews.de: **Republik Lugansk: Ukrainische Streitkräfte beschießen mit Mörsern und Granatwerfern fünf Ortschaften**

Am Donnerstagmorgen haben ukrainische Streitkräfte das Gebiet der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk mehrmals beschossen. Das erklärte die Vertretung der Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes gegenüber Journalisten.

Laut einem Offizier der Mission verletzte bewaffnete ukrainische Truppen das Waffenstillstandsabkommen und setzten Waffen ein, die gemäß den Minsker Vereinbarungen hätten abgezogen werden müssen.

Er berichtete, ukrainische Militärs hätten seit 5.30 Uhr (Ortszeit) die von der Republik kontrollierten Ortschaften Sokolniki, Solotoje-5, Wesselenkoje und Nizhneje Losowoje mit Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Später wurde auch ein Angriff auf das Dorf Donezkij gemeldet.

Am Dienstag war der Bundeskanzler Olaf Scholz zu einem Antrittsbesuch in Moskau eingetroffen. Dabei bekräftigte Scholz die Bereitschaft Deutschlands zu einer friedlichen

Lösung der Spannungen mit Russland. Am gleichen Tag wandte sich Präsident Biden mit einem Appell an das russische Volk und warb dabei um eine diplomatische Lösung im Ukraine-Konflikt.

Die Volksrepublik Lugansk und die benachbarte Volksrepublik Donezk werden seit fast acht Jahren nicht mehr von der Regierung in Kiew kontrolliert. Die beiden Donbass-Regionen hatten nach dem Umsturz in Kiew Anfang 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt. Die ukrainische Regierung reagierte mit der Entsendung von Truppen. Der seitdem schwelende militärische Konflikt im Osten der Ukraine hatte nach UN-Angaben mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1e/5177866\\_0:0:3071:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_e786845b062e3ddb200f5ee32470ec42.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1e/5177866_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_e786845b062e3ddb200f5ee32470ec42.jpg)

**Lug-info.com: In der LVR sind am 17. Februar um 9:00 Uhr 26.849 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 3406 Personen sind derzeit erkrankt, 20.200 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3243 Todesfälle.**

#### **de.rt.com: US-General warnt: China könnte USA im asiatisch-pazifischen Raum herausfordern**

Während die Aufmerksamkeit des Westens noch immer auf die Situation um die Ukraine gerichtet ist, könnte China die Gelegenheit nutzen, um im asiatisch-pazifischen Raum aktiv zu werden. Peking könnte testen, wie stark die USA sich in der Region engagieren.

In einem Gespräch mit Reportern am Rande der Singapore Airshow am Mittwoch äußerte sich General Kenneth Wilsbach, der Chef der US-Pazifik-Luftstreitkräfte, zur Position Pekings in dem sich verschärfenden Streit zwischen Moskau und Kiew. Er erklärte:

"Vom Standpunkt aus gesehen, ob China sieht, was in Europa passiert und versucht, hier im Indopazifik aktiv zu werden – absolut ja, das ist eine Sorge."

Wilsbach behauptete, dass Peking "einen Vorteil daraus ziehen möchte", und fügte hinzu:

"Es würde nicht überraschen, wenn sie etwas versuchen würden, das provokativ sein könnte, und dann sehen, wie die internationale Gemeinschaft reagiert."

Nach Ansicht des US-Generals beurteilt China Krisen danach, ob "dies eine Gelegenheit zum Gewinnen ist".

Seine Äußerungen erfolgten inmitten monatelanger Spekulationen über die Sackgasse zwischen Ost und West, wobei Washington und mehrere seiner Verbündeten in Europa wiederholt Panik schürten, dass Moskaus Streitkräfte bald eine Invasion in die Ukraine starten könnten. Am Dienstag gab das Moskauer Verteidigungsministerium bekannt, dass seine Truppen die Übungen in Weißrussland und im Südwesten Russlands beendet hätten und nun

zu ihren ständigen Stützpunkten zurückkehren würden.

Der Kreml hat jedoch stets dementiert, dass er überhaupt die Absicht hat, seinen Nachbarn anzugreifen. Moskau bemüht sich um Sicherheitsgarantien, die eine NATO-Erweiterung in Richtung der russischen Grenzen ausschließen würden. Peking unterstützt dieses Anliegen. Anfang dieses Monats veröffentlichten der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich gegen eine weitere Ausdehnung der NATO aussprachen und das Nordatlantische Bündnis aufforderten, "von ideologischen Ansätzen aus der Zeit des Kalten Krieges Abstand zu nehmen". Washington beschuldigt Peking seit langem, Provokationen gegen Taiwan zu inszenieren. China betrachtet die Insel als unveräußerlichen Teil seines Territoriums. Anfang Dezember beschuldigte der stellvertretende US-Verteidigungsminister für Sicherheitsfragen im indopazifischen Raum Ely Ratner die chinesische Armee, sie bereite sich wahrscheinlich darauf vor, die Insel mit dem Festland "zu vereinen". Peking verurteilt die engen Beziehungen Washingtons zu Taipeh wiederholt als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620dea1348fbef079f526517.jpg>

Mzdnr.ru: Am 16. Februar wurden in der DVR 4285 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1771 positiv, bei 50 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 154 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 12 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 91 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1294 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 541 mit Sauerstoffunterstützung (+31 in den letzten 24 Stunden).

Am 17. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 147.572 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

24.867 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 113.066 als gesund entlassen, es gibt 9639 Todesfälle.

#### snanews.de: **Keine Garantie für Russland: Deutsche Botschafterin betont Recht der Ukraine auf Nato-Mitgliedschaft**

Die deutsche Botschafterin in den USA, Emily Haber, hat am Donnerstag auf sozialen Netzwerken bekannt gegeben, dass Deutschland Moskau keine Garantien für einen Nichtbeitritt der Ukraine zur Nato geben wird.

„Die Ukraine hat das souveräne Recht, die Nato-Mitgliedschaft anzustreben und ihren Kurs zu wählen“, teilte Haber via Twitter mit. „Wir werden Russland nichts anderes garantieren.“ Die Aussage kommt wenige Tage nach den Worten des Bundeskanzlers Olaf Scholz, wonach eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato derzeit nicht auf der Tagesordnung stehe. Somit lehnte Scholz während seines Besuchs in Kiew am Montag ab, dass der Beitritt der Ukraine

zur Nato „zum Gegenstand großer politischer Problematiken“ gemacht werde. Bei seinem Moskau-Besuch betonte Scholz weiter, dass sich die Frage eines möglichen Beitritts der Ukraine in seiner Amtszeit nicht stellen werde. ...



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/11/5391004\\_0:320:3073:2048\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_5d95fb811f850677b43a9aa31703ed0a.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/11/5391004_0:320:3073:2048_1920x0_80_0_0_5d95fb811f850677b43a9aa31703ed0a.jpg)

### de.rt.com: **Ukrainischer Ministerpräsident: "Wir blockieren erfolgreich die Inbetriebnahme von Nord Stream 2"**

Am Mittwoch hat der ukrainische Premierminister Denis Schmygal betont, dass die Ukraine die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 erfolgreich blockiere und dies auch weiterhin tun werde.

Die Ukraine beging am Mittwoch angesichts von US-Warnungen vor einem russischen Einmarsch einen "Tag der nationalen Einheit". Im Rahmen eines Fernsehmarathons, der dem neuen Feiertag gewidmet war, sagte Regierungschef Denis Schmygal, dass sein Land die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 erfolgreich blockiere. Ihm zufolge stelle das Projekt eine Bedrohung für die Ukraine und Europa dar:

„Wir blockieren derzeit erfolgreich diese russische Hybrid-Gaswaffe in Form von Nord Stream 2 und werden dies auch weiterhin tun.“

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte diese Woche nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz gesagt, dass sich die beiden Länder über die Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Nord Stream 2 nicht einig seien. Die Ukraine betrachte das Projekt als geopolitische Waffe. In dieser Hinsicht brauche das Land Energiegarantien. Wichtig sei, dass Deutschland weiterhin als ein Garant des Gastransits auftritt, sagte Selenskij.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am Dienstag bei seinem Treffen mit Scholz für eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 geworben. Es handele sich um ein rein wirtschaftliches und umweltfreundliches Projekt ohne politische Färbung, betonte er. Nord Stream 2 sei eines der größten Infrastrukturprojekte in Europa, das die Energiesicherheit auf dem Kontinent stärken und zur Lösung gesamteuropäischer Wirtschafts- und Umweltprobleme beitragen solle. Auch Scholz sagte, Nord Stream 2 sei ein privatwirtschaftliches Projekt.

Die Pipeline ist fertiggestellt, eine Zertifizierung für den Gasimport durch die Bundesnetzagentur steht aber noch aus. Der Präsident der Behörde Jochen Homann sagte im Januar, dass eine Zulassung im ersten Halbjahr 2022 kaum noch möglich sei.

Um die Inbetriebnahme der Gasleitung wird heftig gestritten. Das Projekt wird sowohl von der Ukraine abgelehnt, da man dort befürchtet, Einnahmen aus dem Gastransit zu verlieren, als auch von den USA, die daran interessiert sind, ihr Flüssiggas an die EU zu verkaufen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620e04a148fbef76791202f7.jpg>

### **Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17. Februar 2022**

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich heftig verschärft.

**Der Gegner unternimmt Versuche zur Entfachung aktiver Kampfhandlungen.** Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen zur Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung. Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Kämpfer viermal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen in Richtung **Kominternowo** und **Oktjabrj** geschossen und 42 Geschosse abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 53. Brigade **Petrowskoje** und **Nowolaspa** unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und 20 Mörsergeschosse abgefeuert.

Um die Zivilbevölkerung zu schützen **waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer zur Unterdrückung der Feuermittel des Gegners zu erwidern.**

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainische Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Verantwortlichen zu treffen und Fälle von Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Führung der OSZE auf, den weiteren Fall von grober Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainische Seite, die zielgerichtet eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Donbass provoziert, zu registrieren.

### **snanews.de: US-Magazin nennt neues Datum für Russlands Einmarsch in die Ukraine**

Die Zeitschrift „Politico“ aus den USA hält eine Invasion der russischen Armee in die Ukraine ab dem 20. Februar für möglich. Das Blatt hatte bereits einen Angriff Russlands auf sein Nachbarland für den 16. Februar prognostiziert.

„Politico“ hatte mit Verweis auf „informierte Quellen“ berichtet, US-Präsident Biden habe in einer Videoschalte mit den Staats- und Regierungschefs der Nato und der Europäischen Union einen Angriff der russischen Streitkräfte auf die Ukraine für den 16. Februar vorausgesagt.

Dieses Datum wurde dann auch in Deutschland kolportiert.

Die russische Führung reagierte auf die Prognose mit Humor. Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, sagte, man könne Berichte solcher Art nicht wirklich ernst nehmen. Präsident Putin frage inzwischen, ob aus den westlichen Medien auch die genaue Uhrzeit des

vermeintlichen russischen Angriffs auf die Ukraine zu erfahren sei.

### **Und täglich droht der Angriff**

Die Uhrzeit wurde im Vorfeld des 16. Februars tatsächlich angegeben – von den britischen Zeitungen. „The Sun“ und „The Mirror“ schrieben am Dienstag, den 15. Februar, entgegen der bereits erfolgten offiziellen Ankündigung des Teilabzugs russischer Truppen aus den Gebieten nahe der ukrainischen Grenze, die Invasion in die Ukraine stehe in der Nacht auf den Mittwoch bevor. Als der russische Einmarsch am Mittwoch ausblieb, schrieb „The Sun“ seinen Artikel einfach um: Der Angriff könne „jeder Zeit“ erfolgen, heißt es darin inzwischen. Nun nennt auch „Politico“ ein neues Datum der russischen Invasion. „Die Aussicht auf den russischen Einmarsch in die Ukraine am 16. Februar wurde stets überschätzt“, heißt es in einem Artikel vom 16. Februar mit der Überschrift „Warum der 20. Februar Russland-Experten beunruhigt“. Analysten hätten der Zeitschrift mitgeteilt, dass die Fokussierung auf den 16. Februar die Aufmerksamkeit von echten Schlüsselereignissen abgelenkt habe. „Der Zeitrahmen, den man wirklich im Auge behalten muss, ist das, was bald nach dem 20. Februar geschieht.“

Denn, so das US-Magazin, am 20. Februar ende die Münchener Sicherheitskonferenz, an der unter anderem der ukrainische Präsident Selenski und der US-Außenminister Blinken teilnehmen.

„Den Einmarsch an einem Tag zu beginnen, an dem hochrangige US-Politiker sich in Europa aufhalten und der ukrainische Präsident sich außerhalb seines Landes befindet, wäre eine absolute Erniedrigung oder eine Art geopolitisches Trolling, was Präsident Putin ziemlich toll findet.“

Als weiteren Grund dafür, dass der russische Einmarsch in die Ukraine am 20. Februar stattfinden solle, führt „Politico“ das Ende der Olympischen Spiele in Peking an: „Vor der Abschlusszeremonie wird Russland keinen Angriff starten, um den chinesischen Staatschef Xi Jinping glücklich zu machen.“ Dabei lässt das Magazin bei seiner Prognose eine Hintertür für sich offen. Sollte bis 1. März keine Invasion in die Ukraine erfolgen, könnten alle erleichtert aufatmen, wobei geheimdienstliche Quellen davor warnten, leichtgläubig anzunehmen, die Gefahr sei gebannt.

### **Westen spricht von Kriegsabsichten**

Die US-Regierung und die von ihr geführte Nato werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine vorzubereiten. Tatsächlich finden Truppenbewegungen im Rahmen von Manövern statt, damit verletze Russland aber keine Vereinbarungen, wie das Außenministerium mitteilt. Anders die Regierung in Kiew, die nach russischen Angaben sich weigere, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

Diese Vereinbarungen sehen unter anderem vor, dass die ukrainische Zentralregierung den Beschuss an der Kontaktlinie mit den selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk einstellt und schwere Waffensysteme aus dem Gebiet abzieht. Stattdessen hat die Kiewer Führung rund die Hälfte ihrer regulären Streitkräfte dort zusammengezogen und beschießt Berichten zufolge Ortschaften östlich der Kontaktlinie.

Gleichzeitig werfen westliche Staats- und Regierungschefs Russland Kriegsabsichten vor – ein Vorwand für die Entsendung zusätzlicher Truppen in den Osten und die Aufrüstung der Ukraine, erklärte das russische Außenministerium. Dieses westliche Verhalten führe nur dazu, dass Kiew sich ermutigt fühle, die innerukrainische Krise mit gewaltsamen Mitteln lösen zu wollen.

Seinerseits hat Moskau den westlichen Staaten im Dezember vergangenen Jahres Vorschläge unterbreitet, wie eine verlässliche Sicherheit in Europa aufgebaut werden könne. Dazu gehört die Aufforderung an die Nato, sich auf Positionen von 1997 zurückzuziehen sowie keine Stützpunkte und keine Angriffswaffen auf dem Gebiet ehemaliger Sowjetrepubliken in der Nähe russischer Grenzen zu stationieren. Zwar ist bereits eine schriftliche Antwort auf diese Vorschläge im russischen Außenministerium eingegangen, doch die fundamentalen

Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation seien in dem Schreiben unberücksichtigt geblieben, erklärte das Außenministerium in Moskau.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1f/5193244\\_0:240:2789:1809\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_a0d1197939402af642c5be4b660dacb0.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1f/5193244_0:240:2789:1809_1920x0_80_0_0_a0d1197939402af642c5be4b660dacb0.jpg)

Mil-Inr.info: **Dringende Erklärung des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja.W. Leschtschenko** (ergänzt um Informationen aus dem Bericht gegen Mittag)

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage an der Kontaktlinie erheblich verschärft. Der Gegner unternimmt auf direkte Anweisung der Kiewer militärisch-politischen Führung **Versuche zur Eskalation des Konflikts.**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurde folgendes festgestellt:

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Krjakowka aus **Sokolniki** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Antipanzergrenatwerfern und von den Positionen im Gebiet von Nishneje aus **Donezkij** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Ich erinnere daran, dass an diesem Abschnitt vor zwei Tagen einer unserer Soldaten bei der Ausführung seiner Pflicht zur Verteidigung der Republik von der Hand derselben Kämpfer aus der 57. Brigade starb.

In **Richtung Staniza Luganskaja** haben Kämpfer der 79. Brigade von den Positionen im Gebiet von Staniiza Luganskaja das Gebiet von **Weselenkoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurde **Rajewka** mit 120mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** unter Einsatz von Antipanzergrenatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 30. Brigade von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Nishneje Losowoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 15 Mörsergeschosse abgefeuert.

Insgesamt wurden infolge der Handlungen der ukrainischen Kämpfer bis jetzt drei Wohnhäuser beschädigt, bei fünf weiteren wurde die Fensterverglasung beschädigt.

Die Einwohner von Donezkij und Rajewka sind gezwungen in den Kellern vor dem Feuer des Gegners Schutz zu suchen.

Informationen über Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten der Volksmiliz sowie über Zerstörungen von Infrastruktur werden noch ermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die Fälle von aggressiven Handlungen von Seiten der Kiewer Kämpfer zu registrieren und unverzügliche Maßnahmen zur Verhütung eines Blutvergießens im Donbass zu ergreifen.

## de.rt.com: **Frankreich verkündet Rückzug aus Mali**

Vor rund neun Jahren erfolgte die westliche Militärintervention in Mali. Erklärtes Ziel der westlichen Staaten ist die Terrorbekämpfung. Doch in der letzten Zeit war es aufgrund westlicher Sanktionen gegen die malische Militärjunta zu ernsthaften Streitigkeiten gekommen.

Paris, einige europäische Staaten sowie Kanada haben am Donnerstag in einer gemeinsamen Erklärung angekündigt, ihre Truppen aus Mali abzuziehen. In den vergangenen Wochen war es zu schweren politischen Auseinandersetzungen zwischen einigen westlichen Staaten und dem afrikanischen Land gekommen, bei der einer Bundeswehr-Maschine der Überflug verweigert worden war. Erklärtes Ziel der westlichen Staaten in Mali ist die Terrorbekämpfung.

In der gemeinsamen Erklärung vom Donnerstag ist von einem "koordinierten Abzug" infolge von "mehreren Verhinderungen" durch die malische Militärjunta die Rede. Daher seien die "politischen, operationellen und rechtlichen Bedingungen" für den weiteren Einsatz der westlichen Staaten in Mali "nicht mehr gegeben". Dänemark hatte bereits vor einigen Wochen den Abzug seines Kontingentes in Mali verkündet.

Zugleich teilten die westlichen Staaten unter der Führung Frankreichs mit, weiterhin in der Region militärisch aktiv sein zu wollen und sprachen konkret von einem "gemeinsamen Vorgehen gegen den Terrorismus in der Sahelzone, einschließlich in Niger und am Golf von Guinea", bis spätestens Juni 2022. Die französischen Truppen sind seit rund neun Jahren in Mali im Einsatz. Zuletzt waren ungefähr 2.400 französische Soldaten im Land präsent. Der französische Einsatz ist rechtlich getrennt, erfolgt von der UN-Mission in Mali, MINUSMA. Jedoch stützte sich etwa das Bundeswehrekontingent von rund 1.300 Soldaten bisher auf die Unterstützung der französischen Expeditionseinheit.

Hintergrund der jüngsten Eskalationen sind westliche Sanktionen gegen Mali. Die westlichen Staaten werfen der Militärjunta vor, sich nicht an ihre Versprechen hinsichtlich eines demokratischen Überganges zu halten.

Zudem werfen westliche Staaten Mali vor, die private russische Militärfirma Wagner engagiert zu haben, was Bamako jedoch bestritt. Es seien zwar russische Soldaten als Ausbilder im Land, jedoch keine paramilitärischen Söldner. Westliche Medien gaben umgehend nach Bekanntwerden der Absicht Frankreichs, seine Truppen abziehen zu wollen, Russland die Schuld. Dabei verwiesen sie unter anderem auf das angebliche Engagement Wagners in Mali sowie den Einfluss russischer Medien in der Region. Diese würden die westlichen Truppen als Besatzermacht darstellen.

Westliche Truppen befinden sich seit 2013 in Mali. Im Jahr zuvor war es zu einem Aufstand der ethnischen Minderheit der Tuareg gekommen, der jedoch bald von einer islamistischen Rebellion überschattet wurde. Nachdem die malische Regierung weite Teile des Nordens verloren hatte, bat sie um ausländische militärische Unterstützung.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620e0d5b48fbef65b20cb2e4.jpg>

### snanews.de: „Falscher Vorwand“? Weißes Haus wirft Russland Erhöhung der Truppenpräsenz vor

Das Weiße Haus hat anlässlich der bevorstehenden Reise der US-Vizepräsidentin, Kamala Harris, zur Sicherheitskonferenz in München die Äußerungen eines leitenden Verwaltungsbeamten zur Ukraine-Krise veröffentlicht.

Russische Mitteilungen zu einem Truppenabzug seien „inkorrekt“, hieß es. Das Land suche nach einem „falschen Vorwand“, um „eine Invasion der Ukraine zu rechtfertigen“.

Der namentlich nicht genannte Beamte bezog Stellung zur Ankündigung des russischen Verteidigungsministeriums, Truppen von Übungsstandorten im Süden und Westen des Landes abzuziehen:

„Sie erhielten viel Aufmerksamkeit für diese Behauptung sowohl hier als auch auf der ganzen Welt, aber wir wissen jetzt, dass die Behauptung falsch war.“

Der Verwaltungsbeamte äußerte, dass „Russland in den letzten Tagen seine Truppenpräsenz entlang der ukrainischen Grenze um bis zu 7000 Soldaten erhöht“ habe.

Er kritisierte die Bestrebungen der Russischen Föderation, den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen, da das Land „für einen Krieg mobilisieren“ würde.

#### **Angebliche „Invasion der Ukraine“**

Russland bräuchte lediglich einen „falschen Vorwand“, um „eine Invasion der Ukraine zu rechtfertigen“. Dieser könnte dem Vertreter zufolge verschiedener Formen annehmen. Als Beispiele führte er „eine Provokation im Donbass“ oder „Behauptungen zu Nato-Aktivitäten“ an.

„So wie Russlands Behauptungen über den Truppenabzug unwahr waren, so wird es auch der falsche Vorwand sein, den sie erfinden, um diesen Krieg ihrer Wahl zu rechtfertigen. Niemand sollte diese Behauptungen für bare Münze nehmen“, betonte der leitende Verwaltungsbeamte. Russische Berichte zur Lage in der Ukraine würden oft „falsche Behauptungen“ enthalten, so zum Beispiel Meldungen zu Gräbern von durch ukrainische Streitkräfte getöteten Zivilisten oder zur Entwicklung biologischer und chemischer Waffen im Land.

„Jede dieser Anschuldigungen ist kategorisch falsch, und wir sollten in den kommenden Tagen weitere falsche Berichte von russischen Staatsmedien erwarten“, so der Beamte.

Ähnliches Vorgehen habe die USA bereits während „früherer militärischer Einmärsche in die Ukraine und Georgien“ registriert. Die USA würden „in den kommenden Tagen weiterhin diplomatisch vorgehen und gleichzeitig bereit sein, schnell und entschlossen zu reagieren, wenn Russland einen neuen Angriff auf die Ukraine startet“.

Seit Monaten spekulieren westliche Medien über eine angeblich bevorstehende „russische Invasion“ in die Ukraine. US-Geheimdienste berichteten von einem bevorstehenden Überfall auf die Ukraine, der diese Woche hätte stattfinden sollen. Russland verkündete seinerseits den

Abzug von Teilen der russischen Truppen von der ukrainischen Grenze. Nato-Staaten und einige andere Länder kritisierten Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau wies die Vorwürfe wiederholt zurück und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht. Die Nato beschloss den Ausbau ihrer Truppenpräsenz im östlichen Bündnisgebiet.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/0e/2101812\\_0:219:2047:1370\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_37b228c82b9cedae945aa374aee1881.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/0e/2101812_0:219:2047:1370_1920x0_80_0_0_37b228c82b9cedae945aa374aee1881.jpg)

**nachmittags:**

de.rt.com: **China will US-Dollar als Währung für Handel und Investitionen in Asien unterbinden**

Im Kampf gegen die Vorherrschaft des US-Dollar auf dem asiatischen Finanzmarkt setzt Peking vermehrt auf die Verwendung lokaler Währungen im Handel und bei Investitionen. Auf diese Weise soll die Widerstandsfähigkeit der regionalen Schwellenländer verbessert werden.

Peking plant eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern Asiens, um die Verwendung lokaler Währungen im Handel und bei Investitionen als Teil eines umfassenderen Plans zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft zu fördern. Dies teilte der Gouverneur der chinesischen Zentralbank Yi Gang mit. Er erklärte am Mittwoch in einer im Fernsehen übertragenen Rede auf einer von Indonesien ausgerichteten G20-Veranstaltung:

"Die Schwellenländer sollten ihre Widerstandsfähigkeit verbessern."

... "Hier kommt der regionalen Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu."

Yi betonte, dass die jüngsten Fortschritte bei der Verwendung lokaler Währungen der asiatischen Schwellenländer im Handel und bei Investitionen das finanzielle Sicherheitsnetz der Region gegen externe Gefahren gestärkt hätten.

Bilaterale Devisentauschgeschäfte hätten innerhalb des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN), dem China, Japan und Südkorea angehören, ein Volumen von 380 Milliarden US-Dollar erreicht, so Yi.

Der Zentralbankchef rief auch zu einer intensiveren Marktkommunikation zwischen den Zentralbanken der fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf. Dies würde dazu beitragen, den Spillover-Effekt pandemiebedingter Risiken abzuschwächen.

Im Januar verlängerte die Peoples Bank of China ein bilaterales Währungsswap-Abkommen mit der Zentralbank Indonesiens um drei Jahre, um die finanzielle Zusammenarbeit zu vertiefen und die Investitionstätigkeit anzukurbeln.

Jakarta brachte seine volle Unterstützung für die verstärkte Verwendung lokaler Währungen im Handel und bei Investitionen anstelle des US-Dollar zum Ausdruck. Damit soll die Stabilität der globalen Finanzmärkte gewährleistet werden, wenn die

Stimulierungsmaßnahmen der Pandemie-Ära zurückgenommen werden. Nach Ansicht der indonesischen Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati sollten die Vereinbarungen über die Abrechnung in lokalen Währungen, die eine Nachfrage nach dem US-Dollar verringern, zur Bewältigung weltweiter Gefahren in größerem Umfang übernommen werden.

Die Länder Asiens sind besorgt über mögliche Kapitalabflüsse aus den Schwellenländern, da die US-Notenbank zuvor eine Straffung ihrer Geldpolitik signalisiert hatte. Es wird erwartet, dass die Fed ihren Straffungszyklus im März mit einer Zinserhöhung um 25 Basispunkte beginnen wird. Einige Analysten gehen indessen von einem aggressiveren Schritt um einen halben Punkt aus, um die Inflation zu bekämpfen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620e26e0b480cc37a81c0e7e.jpg>

### snanews.de: **Verteidigungsministerin Lambrecht sieht keine Anzeichen für russischen Truppenabzug**

Nachdem das Weiße Haus die russische Ankündigung zum Teilabzug der Truppen von Übungsplätzen im Süden und Westen des Landes als „nicht wahr“ bezeichnet hat, hat sich nun auch die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht zu dem Vorwurf geäußert. Der „Spiegel“ berichtete von Lambrechts Äußerungen und den Forderungen der Bundesregierung.

Die Verteidigungsministerin sehe keine Anzeichen für einen russischen Truppenabzug. Die Bundesregierung appelliere an Russland, seine Truppen wie angekündigt zurückzuziehen. „Es gibt bisher nur Worte“, so Lambrecht.

Laut „Deutschlandfunk“ habe auch der Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Telefonat mit US-Präsident Joe Biden geäußert, dass ein signifikanter Rückzug russischer Truppen bislang nicht beobachtet worden sei.

Auch die britische Außenministerin Liz Truss bekräftigte die Anschuldigungen der USA in einem Gastbeitrag für die Tageszeitung „Telegraph“. Es gebe „keine Anhaltspunkte“ für einen Truppenabzug.

### **Angebliche Erhöhung der Truppenpräsenz**

Das Weiße Haus behauptete in einer Pressemitteilung, die russische Mitteilung zum Teilabzug russischer Truppen im Süden und Westen des Landes sei „falsch“. Russland suche nach einem „falschen Vorwand“, um „eine Invasion in die Ukraine zu rechtfertigen“. Die russische Truppenpräsenz sei angeblich um „bis zu 7000 Soldaten erhöht“ worden.

Seit Monaten spekulieren westliche Medien über eine angeblich bevorstehende „russische Invasion“ in die Ukraine. US-Geheimdienste berichteten von einem bevorstehenden Überfall auf die Ukraine, der diese Woche hätte stattfinden sollen.

Nato-Staaten und einige andere Länder kritisierten Truppenbewegungen Russlands auf seinem

Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau wies die Vorwürfe wiederholt zurück und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht. Die Nato beschloss den Ausbau ihrer Truppenpräsenz im östlichen Bündnisgebiet.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/0e/2493489\\_0:0:3200:1801\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_5eab1654ec637d269456dd52bc0a09b4.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/0e/2493489_0:0:3200:1801_1920x0_80_0_0_5eab1654ec637d269456dd52bc0a09b4.jpg)

#### de.rt.com: **Russland reagiert auf US-Schreiben zu Sicherheitsgarantien**

Moskau hat am Donnerstag auf das US-Schreiben zu den von Russland geforderten Sicherheitsgarantien reagiert. Darin heißt es, zur Deeskalation im Ukraine-Konflikt müsse Kiew die Minsker Vereinbarungen einhalten, Waffenlieferungen an die Ukraine müssten gestoppt werden. Forderungen, russische Truppen aus bestimmten Gebieten in Russland abzuziehen, seien inakzeptabel.

Die US-Seite habe keine konstruktive Antwort auf die grundlegenden Elemente des Vertragsentwurfs gegeben, teilte das russische Außenministerium in seinem Schreiben gleich vorweg mit. Um die Lage um die Ukraine zu deeskalieren, sei es wichtig, Kiew zu den Minsker Vereinbarungen zu zwingen, Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen und alle westlichen Militärausbilder von dort abzuziehen. Außerdem sollen die NATO-Staaten keine gemeinsamen Übungen mit den Streitkräften der Ukraine durchführen. Alle zuvor gelieferten Waffen aus dem Ausland sollen aus der Ukraine wieder abgezogen werden.

Die russische Seite betonte, dass sie auf dem Abzug aller US-Streitkräfte besteht, die in Osteuropa und dem Baltikum stationiert sind. Ferner heißt es in dem Schreiben, dass bei einem potenziellen NATO-Beitritt der Ukraine die Gefahr besteht, dass Kiew versucht, die Krim zurückzuerobern, und mit seinen Verbündeten in einen bewaffneten Konflikt ziehen könnte.

Aufgrund fehlender Verhandlungsbereitschaft der USA über rechtsverbindliche Garantien werde Russland gezwungen sein, zu reagieren, "auch mit Maßnahmen militärischer und technischer Art", hieß es ferner.

Die russischen Diplomaten betonten, dass Forderungen nach einem Truppenabzug aus bestimmten russischen Gebieten inakzeptabel seien: "Wir gehen davon aus, dass die Stationierung der russischen Streitkräfte in Russland die grundlegenden Interessen der USA nicht beeinträchtigt und nicht beeinträchtigen kann. Wir erinnern gerne daran, dass sich unsere Streitkräfte nicht auf dem Gebiet der Ukraine befinden", hieß es am Donnerstag.

**armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**  
Vor dem Hintergrund der anhaltenden Vorbereitung des Kiewer Regimes auf eine Aggression im Donbass degradiert die sozialpolitische Lage in der Ukraine weiter.  
**Die Flucht von Vertretern der ukrainischen Staatsorgane und von Oligarchen vom**

**Territorium der Ukraine hält an. Dieser Prozess hat massenhaften Charakter angenommen.** Die Oberste Rada und einige Ministerien sind schon nicht mehr in der Lage, ihre Funktionen auszuüben, weil eine große Zahl von Abgeordneten und leitenden Funktionsträgern der Behörden abwesend sind.

Die einfachen Bürger der Ukraine haben neben den Beschränkungen von Bankoperationen und von Reisen ins Ausland schon die Krise bei der Arbeit der örtlichen Staatsorgane verspürt, die praktisch ihre Tätigkeit eingestellt haben und sich mit der Vernichtung von Archivdokumenten befassen.

Nach Angaben unserer geheimdienstlichen Aufklärung führt die ukrainische Führung, die die Angriffsgruppierung der ukrainischen Streitkräfte im Donbass verstärkt, eine **Vorbereitung auf eine Evakuierung des Büros des Präsidenten der Ukraine, der Obersten Rada, des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats und anderer Ministerien und Behörden aus Kiew** nach Lwow durch.

Diese Evakuierung der Staatsorgane des Kiewer Regimes wird für den Fall des Scheiterns einer ukrainischen Aggression gegen die Volksrepubliken und den Übergang der Truppenteile der Volksmiliz zu Gegenangriffen zur Befreiung der Ukraine von den Nazisten vorbereitet. Ich will mich an die Bürger der Ukraine wenden – schauen Sie auf die, die Sie regieren und wem Sie vertraut haben, Ihr Land zu regieren.

Außerdem hat die geheimdienstliche Aufklärung der Volksmiliz weitere **Informationen über den Plan einer Angriffsoperation der ukrainischen Armee im Donbass** erhalten.

So betreibt der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ General Sodol eine Planung und Vorbereitung für das Absetzen von taktischen Marinekräften, die zur Einnahme eines Brückenkopfs an der Küste des Asowschen Meers in der DVR eingesetzt werden sollen und unsere Truppen aus dem Hinterland angreifen sollen. In der letzten Woche hat der Kommandeur der Operation der vereinigten Kräfte der ukrainischen Streitkräfte General Pawljuk Mariupol besucht, wo General Sodol ihm gegenüber über den Abschluss der Vorbereitung einer Absetzaktion von Marinekräften berichtete. Der Plan dieser Operation sieht Aktivitäten einer Schlaggruppe in Richtung Sartana-Kominternowo vor. Diese umfasst eine Aufklärungskompanie und eine Kompanie für Feuerunterstützung aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade sowie eine gemischte Mörserbatterie. Außerdem gehören zu dieser Gruppe einige Züge des 107. Bataillons für Territorialverteidigung, das in der nächsten Zeit aus Saporoshe nach Mariupol verlegt werden soll. Für die Luftlandeaktion werden Schiffe eingesetzt werden, die die Ukraine im Rahmen der Militärhilfe von den USA erhalten hat.

In der nächsten Zeit werden wir den Medien weitere Informationen über diese Strafoperationen der ukrainischen Streitkräfte gegen die Volksrepubliken vorstellen.

Die Aufklärung der Volksmiliz stellt weiter die **Vorbereitung der Ukraine auf die Entfaltung einer Aggression im Donbass** fest.

So wird in der 19. Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte in Chmelnyzki die technische Wartung von operativ-taktischen Raketenkomplexen „Totschka-U“ und deren Vorbereitung auf den Kampfeinsatz durchgeführt. Aus den Arsenalen und Basen werden Raketen 9m79k, die Kassettenmunition enthalten, für diese Raketenkomplexe in die Lager der Brigaden geliefert.

Nach unseren Informationen plant das Kommando der ukrainischen Streitkräfte in der nächsten Zeit eine Verlegung dieses Verbandes in den Donbass.

Ich erinnere daran, dass die ukrainische Armee bereits mehrfach diese Raketenkomplexe „Totschka-U“ eingesetzt hat. So haben ukrainische Nazisten am 22. August 2014 einen Raketenschlag auf Rowenki in der Lugansker Volksrepublik verübt. Damals starben friedliche Einwohner, darunter Kinder.

Außerdem geht in der 53. und 54. Panzergrenadierbrigade sowie in der 25. Luftsturmbrigade die Lieferung von Munition aus den rückwärtigen Artillerielagern in die Gebiete in einer

Entfernung von 15 km von der Kontaklinie in der Nähe von Orlowka, Kurachowo und Bachtshwik, wo die Brigadenartilleriegruppen konzentriert sind, weiter.  
Die Volksmiliz wird alle Veränderungen der Lage an unseren Grenzen weiter verfolgen und Sie über alle wichtigsten Veränderungen informieren.

### snanews.de: **Berlin soll „keine faulen Kompromisse“ an Russland machen – Ukrainischer Botschafter**

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrej Melnyk, hat die Ampel-Regierung aufgefordert, keine Zugeständnisse an Russland im Ukraine-Konflikt zu machen. Darüber berichtet die Deutsche Presse-Agentur (DPA) unter Berufung auf die Zeitungen der Funke Mediengruppe am Donnerstag.

Melnyk zufolge darf die Bundesregierung keine Zugeständnisse an Moskau machen. Damit erhofft sich der Diplomat, einerseits eine freie Bündniswahl zu bekräftigen und gleichzeitig die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine nicht „bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag“ zu verschieben. Es gehe ja heute nicht nur vorrangig darum, einen neuen russischen Krieg mitten in Europa abzuwenden.

„Und da hoffen die Ukrainer, dass keine faulen Kompromisse über unsere Köpfe hinweg und auch auf die Kosten unserer Zukunft abgeschlossen werden“, wird Melnyk zitiert.

Die Ukraine rechne zudem damit, dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in den kommenden Wochen einen Gipfel im Normandie-Format auf höchster Ebene in Berlin einberufe, um „eine brandgefährliche Sprachlosigkeit und Funkstille zwischen Präsident Selenskyj und Präsident Putin“ zu überwinden.

Am Dienstag war der Bundeskanzler Olaf Scholz zu einem Antrittsbesuch in Moskau eingetroffen. Dabei bekräftigte Scholz die Bereitschaft Deutschlands zu einer friedlichen Lösung der Spannungen mit Russland. Er betonte zugleich, dass sich die Frage eines möglichen Beitritts der Ukraine in seiner Amtszeit nicht stellen werde.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/19/2242249\\_0:67:1281:787\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_86d60503841d2d1d7d60f267558b82f6.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/19/2242249_0:67:1281:787_1920x0_80_0_0_86d60503841d2d1d7d60f267558b82f6.jpg)

### snanews.de: **Massengräber im Donbass: Russlands Ermittlungskomitee leitet Strafverfahren ein**

Russlands Ermittlungskomitee hat ein Verfahren wegen der im Donbass entdeckten Massengräber eingeleitet. Darüber berichteten die Vertreter des Ermittlungskomitees auf ihrer Webseite.

Die Hauptermittlungsdirektion des Komitees habe das Strafverfahren gemäß Artikel 356 Teil 1 des Strafgesetzbuches eingeleitet, der sich auf die grausame Behandlung von Zivilisten und die Anwendung von Mitteln und Methoden in einem bewaffneten Konflikt beziehe, die durch den internationalen Vertrag verboten seien, so Beamte des Komitees.

Nach Angaben der Ermittler wurden in dem Zeitraum August-Oktober des vergangenen Jahres fünf spontane Massengräber in der Region aufgefunden. Die sterblichen Überreste von mindestens 295 Zivilisten, die 2014 durch wahllosen Beschuss ukrainischer Streitkräfte ums Leben gekommen seien, seien exhumiert worden. Es sei bereits bekannt, dass sich unter den Überresten die Leichen von Frauen unterschiedlichen Alters befänden.

„Die Absicht, die Bewohner des Donbass zu vernichten, ist offensichtlich - die russische Untersuchung hat Hunderte solcher Fakten dokumentiert, die als Einsatz verbotener Mittel und Methoden der Kriegsführung gelten“, so das Komitee.

„Bei der Untersuchung dieser Verbrechen gibt es Hinweise auf spontane, nicht gekennzeichnete Massengräber, die aufgrund der anhaltenden Kriegshandlungen gezwungenermaßen außerhalb der dafür ausgewiesenen Gebiete entstanden sind.“

Unter Missachtung internationaler Vereinbarungen und Rechtsakte würden Vertreter der ukrainischen Sicherheitskräfte seit April 2014 ununterbrochen bewohnte Gebiete im Donbass beschießen und dabei wahllos tödliche Waffen einsetzen, um Menschen und Infrastruktur so effektiv wie möglich zu zerstören.

Dies habe nicht nur zur Zerstörung von Wohngebäuden und lebenserhaltenden Einrichtungen, sondern auch zum Tod und zur Verletzung von Tausenden von Zivilisten und russischsprachigen Gruppen geführt, die nicht an dem militärischen Konflikt beteiligt seien, betonen Vertreter des Ermittlungskomitees.

Die Volksrepublik Lugansk und die benachbarte Volksrepublik Donezk werden seit fast acht Jahren nicht mehr von der Regierung in Kiew kontrolliert. Die beiden Donbass-Regionen hatten nach dem Umsturz in Kiew Anfang 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt. Die ukrainische Regierung reagierte mit der Entsendung von Truppen. Der seitdem schwelende militärische Konflikt im Osten der Ukraine hatte nach UN-Angaben mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/11/5395921\\_0:0:3071:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_2d9aa07cefa5de1472b6b341df001caf.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/11/5395921_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_2d9aa07cefa5de1472b6b341df001caf.jpg)

### **Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko**

Die Verschärfung der Lage, die seit dem heutigen Morgen festgestellt wird, hat die **ohnehin schwierige humanitäre Lage in der Republik erheblich verschlechtert.**

Heute befand sich **Nikolajewka** unter dem Feuer der Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade. Ukraine Artilleristen haben auf Befehl des Brigadekommandeurs Luzenko zielgerichtete Schläge verübt, in deren Folge sieben Wohnhäuser, eine Niederdruckgasleitung sowie eine Stromleitung beschädigt wurden.

Derzeit befinden sich Brigaden der Reparatur- und Rettungsdienste am Ort des Geschehens und arbeiten an der Wiederherstellung der Gas- und Stromversorgung für die Verbraucher.

Der Fall von Beschuss ist dokumentiert, die Materialien werden zur Übergabe an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR vorbereitet, um sie dem Strafverfahren gegen den Kommandeur der 79. Brigade Luzenko und die ihm unterstellten Kämpfer hinzuzufügen. Wir rufen die internationale Gemeinschaft und die Beobachtermission auf, die ukrainischen bewaffneten Formationen zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Die vorhandene Tendenz zur Verschärfung der Lage durch die Schuld der ukrainischen Führung kann alle zuvor erreichten Vereinbarungen zunichte machen.

deu.belta-by: **Lukaschenko: Die Amerikaner sollten zugeben, dass ihre Aufklärung zu nichts tauglich ist**

Die US-Aufklärung ist zu nichts tauglich, das sollten die Amerikaner endlich zugeben. Das sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute vor Journalisten nach der Inspektion der belarussisch-russischen Militärübungen „Alliierte Entschlossenheit 2022.“ Auf die Frage der ausländischen Journalisten nach einem möglichen Angriff auf die Ukraine, der von dem belarussischen Territorium ausgeführt werden könnte, antwortete Alexander Lukaschenko mit einer Gegenfrage: „Glauben Sie immer noch, dass wir die Ukraine von hier aus angreifen werden? Oder haben Sie sich diese Schrulle bereits aus dem Kopf geschlagen?“ Die offizielle Position Washingtons ist allen bekannt. Sie wird in den westlichen Medien immer wieder artikuliert. Russland und Belarus haben ihre Position. „Sie fußt auf dem bilateralen Abkommen. Belarus und Russland haben in der Tat eine gemeinsame Truppengruppierung geschaffen, was im Grunde genommen eine einheitliche Armee ist. Diese Armee ist eine Antwort auf Ihre Frage. Respektieren Sie sie wie wir ihre Position respektieren“, sagte der Staatschef.

Die US-amerikanischen Militärexperten sind in vielen Ländern der Welt präsent, auch in den sehr weit entlegenen Staaten wie die Ukraine, Polen, Litauen, Lettland, Estland. „Was haben Sie hier zu suchen, tausende Kilometer von den USA entfernt? Machen Sie uns also keine Vorwürfe. Wir stationieren schließlich keine Truppen in Kanada oder Mexiko. Beruhigen Sie sich also. Sie müssen vor der gesamten Weltgemeinschaft zugeben, wenn Sie ein Gewissen haben: Sie haben gestern Russland und Belarus beschuldigt, dass wir in die Ukraine einmarschieren werden. Wir sind nicht einmarschiert. Das bedeutet, dass ihre Aufklärung, für die Sie Milliarden Dollar ausgeben, zu nichts tauglich ist. Geben Sie es wenigstens zu“, sagte der Staatsoberhaupt.

„Selbst in der Ukraine sagt man, dass es keinen Krieg geben wird. Sie haben verstanden, welche wirtschaftlichen Folgen die Kriegshysterie und die Eskalation haben kann. Präsident Selenskyj hat auch zugegeben, dass es keinen Angriff auf die Ukraine geben wird. Was sich dort abspielte, war reiner Zirkus, sonst nichts. Der Westen und die ukrainische Staatsführung haben zuzugeben, dass sie sich blamiert haben“, ist der belarussische Staatschef überzeugt.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1645100005\\_59841\\_big](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1645100005_59841_big)

[.jpg](#)

## snanews.de: **Putins Aussagen verfälscht: Peskow kritisiert Frankreichs Außenministerium**

Laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian bestimmte Aussagen des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Bezug auf den Konflikt der ukrainischen Regierung mit den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk falsch wiedergegeben.

Frankreichs Außenminister sagte in Bezug auf das jüngste Gespräch von Präsident Putin und Präsident Macron in Moskau, der russische Staatschef habe seinem französischen Amtskollegen gegenüber erklärt, die Initiative des russischen Parlaments zur Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk könne unberücksichtigt bleiben. Laut Peskow hat es diese Aussage nicht gegeben.

### **Man beachte die Details**

„Es ging bei dem Gespräch selbstverständlich um die Frage nach dem Gesetzentwurf. Auf diese Frage hin wurde dargelegt, dass dies kein Gesetzentwurf, sondern eine Initiative sei, und dass diesbezüglich kein Gesetzentwurf existiere“, erklärte der Sprecher des russischen Präsidenten und führte Auszüge aus dem Stenogramm des Gesprächs zwischen Putin und Macron an. Demnach äußerte sich Putin wie folgt: „Wir haben keinen Gesetzentwurf. Es existiert kein Gesetzentwurf. Es handelt sich um eine Initiative der Kommunistischen Partei Russlands. Es ist ihre Initiative, die von der größten Regierungspartei – dem Geinten Russland – nicht unterstützt wird. Aber eine Initiative gibt es.“

Der französische Außenminister habe in seiner Aussage also Feinheiten verfälscht, so Peskow weiter. Dadurch stelle sich der eigentliche Sachverhalt aber komplett anders dar. „Und das kann in einer sensiblen und verantwortungsvollen Situation wie der gegenwärtigen verhängnisvolle Auswirkungen haben.“

Darüber hinaus machte Peskow auf einen wichtigen Punkt im Umgang der Regierungen miteinander aufmerksam. Denn mit seiner Aussage habe der französische Außenminister konkrete Details aus einem vertraulichen Gespräch nach außen getragen. „Das kann die Staatschefs beim nächsten Treffen daran hindern, offen miteinander zu reden, wenn sie doch nicht sicher sein können, ob ihre Äußerungen in den nächsten Tagen nicht in den Medien hinausposaunt werden. So etwas schränkt ihren Spielraum im Gespräch über sensible und sehr schwierige Themen stark ein. Wir geben den Inhalt solcher Gespräche niemals preis“, sagte der Kreml-Sprecher.

### **Initiative des russischen Parlaments**

Die russische Duma hat diese Woche darüber abgestimmt, an Präsident Putin den Vorschlag zur Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu richten. Der Duma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin erklärte, das einschlägige Dokument werde dem Präsidenten unverzüglich zugeleitet.

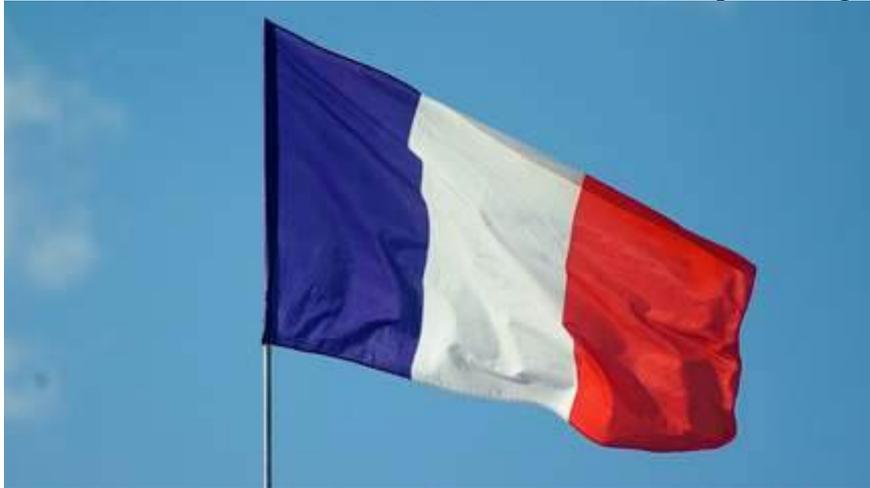
Putin selbst erklärte in Bezug auf diese Initiative, die russischen Abgeordneten hätten ein feines Gespür für den Willen ihrer Wähler, die sich mit den Menschen im Donbass solidarisierten. Er selbst werde sich nach der Notwendigkeit richten, das Problem dieser Region zu lösen, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, die sich aus den Minsker Vereinbarungen ergäben und bisher nicht vollends umgesetzt worden seien.

Der Konflikt zwischen der Regierung in Kiew und den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk dauert seit nunmehr acht Jahren an. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen im Zuge des Konflikts wurden nach UNO-Angaben mehr als 13.000 Menschen getötet. Die Zahl der Verwundeten wird mit 44.000 angegeben.

Die sogenannten Minsker Vereinbarungen sollen die Deeskalation der Lage und eine dauerhafte Lösung im Osten der Ukraine herbeiführen. Diese Vereinbarungen sehen unter anderem vor, dass die ukrainische Zentralregierung den Beschuss an der Kontaktlinie mit den

selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk einstellt und schwere Waffensysteme aus dem Gebiet abzieht. Im nächsten Schritt soll der Status der betroffenen Gebiete durch eine Reform der ukrainischen Verfassung geregelt werden.

Stattdessen hat die Kiewer Führung zum gegenwärtigen Zeitpunkt rund die Hälfte ihrer regulären Streitkräfte in der Ostukraine zusammengezogen und beschießt Berichten zufolge Ortschaften östlich der Kontaktlinie. Die USA und die Nato schüren die Spannungen unter anderem durch die Aufrüstung der ukrainischen Streitkräfte und die Entsendung von Militärberatern zur Ausbildung ukrainischer Soldaten. Moskau hat den Westen mehrfach aufgefordert, die Hochrüstung der Ukraine einzustellen, weil Kiew dadurch dazu verleitet werde, seinen Konflikt mit den selbsternannten Volksrepubliken gewaltsam zu lösen.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/0c/3196265\\_0:173:1920:1253\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_223a64839da88711ee10b003f2499b13.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/0c/3196265_0:173:1920:1253_1920x0_80_0_0_223a64839da88711ee10b003f2499b13.jpg)

**Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR:**

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich heftig verschärft. Der Gegner unternimmt Versuche, aktive Kampfhandlungen zu entfachen. **Seit Beginn des heutigen Tages** haben ukrainischen Kämpfer **18-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade in Richtung **Golmowskij**, der **Siedlungen des Gagarin- und des Isotow-Bergwerks** sowie des **Bergwerks 6/7** in Gorlowka geschossen und dabei 82mm-Mörser und automatischen Granatwerfer eingesetzt und 44 Mörsergeschosse und 29 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade in Richtung **Jelenowka**, **Signalnoje**, **Mandrikino**, **Staromichajlowka** und der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk mit 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren geschossen und elf Mörsergeschosse und 37 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen in Richtung **Kominternowo** und **Oktjabrj** geschossen und 42 Geschosse abgefeuert.

Beim Beschuss der 54. Brigade auf das Trudowskaja-Bergwerk in Donezk wurden Wohnhäuser in der Uliza Melitopolskaja 67 und 86a beschädigt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko hinzuzufügen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis

gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu unternehmen und Fälle von Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Führung der OSZE auf, den weiteren Fall grober Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainische Seite, die zielgerichtet eine Wiederaufnahme von Kampfhandlungen im Donbass provoziert, zu registrieren.

### snanews.de: **Olympia 2022: Gleich zwei russische Medaillengewinnerinnen im Eiskunstlauf – Scherbakowa holt Gold**

Anna Scherbakowa, die Eiskunstläuferin aus Russland, hat bei den Olympischen Spielen in Peking die Goldmedaille im Einzel-Wettbewerb gewonnen.

Für ihre Kurzkür und den Kür-Lauf erzielte Scherbakowa 255,95 Punkte.

Die Russin Alexandra Trussowa gewann mit 251,73 Punkten Silber. Die Bronze ging an die japanische Eiskunstläuferin Kaori Sakamoto (233,13 Punkte). Kamila Walijewa aus Russland, die nach dem Kurzprogramm am Mittwoch führte, wurde mit 224,09 Punkten Vierte.

Dabei ist Trussowa die erste Sportlerin überhaupt geworden, die fünf vierfache gestandene Sprünge bei ihrem Kür-Lauf absolvierte. Sie führte einen vierfachen Flip, einen vierfachen Salchow, einen vierfachen Toe Loop mit einem Stepout, einen vierfachen Lutz mit einem dreifachen Toe Loop und einen vierfachen Lutz aus und erhielt 177,13 Punkte für ihre Leistung.

Beobachtern zufolge könnte Kamila Walijewa absichtlich nicht mit voller Kraft gelaufen sein, damit die beiden anderen Teamkolleginnen nicht ohne Medaillen dagestanden haben.

#### **Fall Walijewa**

Zuvor hatte die Internationale Testagentur (ITA) bekannt gegeben, dass die Dopingprobe von Walijewa, die am 25. Dezember 2021 entnommen worden war, positiv auf Trimetazidin getestet worden sei.

Laut dem am Montag vom Internationalen Sportgerichtshof (CAS) gefassten Beschluss darf Walijewa nun trotz des angeblichen Dopingvergehens im Eiskunstlauf-Einzel bei den Winterspielen teilnehmen. Somit lehnte der Gerichtshof die Einsprüche des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), der Internationalen Eisläuferunion (ISU) und der Welt-Anti-Doping-Agentur Wada gegen die Aufhebung einer vorläufigen Sperre der 15-Jährigen ab. Daraufhin hat das IOC erklärt, dass es für den Fall eines weiteren Medaillengewinns durch Walijewa im Eiskunstlauf-Einzel weder die Siegerehrung noch die Blumenzeremonie geben werde.

Die Olympischen Spiele enden am 20. Februar.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/11/5399433\\_0:0:3257:1833\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_f9c7f563a245454c93325f70d36f6f90.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/11/5399433_0:0:3257:1833_1920x0_80_0_0_f9c7f563a245454c93325f70d36f6f90.jpg)

## de.rt.com: **Russland weist stellvertretenden US-Botschafter aus**

Die Russische Föderation hat Bartley Gorman, den stellvertretenden Botschafter der USA, des Landes verwiesen; vor Bekanntwerden dieser Nachricht besuchte der Botschafter selbst, John Sullivan, das russische Außenministerium. Die USA kündigen bereits eine Antwort an.

Der zweithöchste US-Diplomat in Russland muss die Koffer packen. Dies geben die russischen Nachrichtenagenturen RIA Nowosti und Interfax mit Verweis auf eine Aussage des Pressesprechers der US-Botschaft in Russland Jason P. Rebholz bekannt:

"Russland hat den stellvertretenden Leiter der diplomatischen Mission der USA in Russland Bart Gorman ausgewiesen. Goran war der zweitwichtigste Bedienstete in der US-Botschaft in Moskau gleich nach dem Botschafter – und hatte eine Schlüsselrolle im Team der Botschaftsleitung inne."

Vor Bekanntwerden obiger Information fand sich der US-Botschafter selbst, John Sullivan, im Sitz des Außenministeriums der Russischen Föderation ein – verließ das Gebäude jedoch nur eine Viertelstunde später, macht die russische Onlinezeitung gazeta.ru aufmerksam.

Der US-Diplomat Bartley Gorman blickt laut seinem Lebenslauf auf eine Karriere als Sicherheitsspezialist zurück: Zuvor war er stellvertretender Hilfssekretär und stellvertretender Direktor für Drohungsermittlungen und Analyse (TIA) im Büro für diplomatische Sicherheit des US-Außenministeriums. Außerdem war er als Sicherheitsbeauftragter in einer Reihe von diplomatischen Vertretungen der USA in der ganzen Welt tätig: Neben Russland waren dies der Irak, Jordanien, China, Kasachstan und Armenien.

In ihrer Stellungnahme an die russischen Medien erklärte die Botschaft, dass zuvor – im Januar – ein russischer Diplomat mit einem ähnlichen Rang wie Gorman die USA Ende Januar verlassen habe, und zwar planmäßig, "nachdem seine Dienstzeit abgelaufen war".

Der Stellungnahme von Rebholz nach zu urteilen, nimmt man in Washington an, Russlands Auswärtiges Amt gebe der Regel, die in den USA für Diplomaten anderer Länder gilt, dass der Aufenthalt nicht länger als drei Jahre dauern darf, keine Beachtung. Man habe, so behauptet Rebholz, Moskau seit langem über diese Regel informiert und eine Abreiserinnerung ganze sechs Monate im Voraus adressiert:

"Als Reaktion darauf verlangt Russland von den US-Diplomaten, dass sie lange vor Ablauf der dreijährigen Aufenthaltsdauer ausreisen, und gibt ihnen zwei Wochen Zeit, um das Land zu verlassen – was es analoge Maßnahmen nennt. Aber das ist nicht dasselbe."

Rebholz zufolge hatte Gorman ein noch gültiges Visum und weniger als drei Jahre in Russland verbracht.

Die USA, so Rebholz, betrachten die Ausweisung ihres Diplomaten als einen Eskalationsschritt und ziehen mögliche Vergeltungsmaßnahmen in Betracht.

RIA Nowosti erinnert allerdings an einen jüngsten Eskalationsschritt der USA in der Diplomatiekrise mit Russland: Ende Januar 2022, als eine 27-köpfige Gruppe russischer Diplomaten auf Arrestandrohung hin die USA verließ, drohte Washington auch Anatoli Antonow, Botschafter Russlands in den USA, mit Ausweisung – falls das US-Wachpersonal für die Botschaft in Moskau keine russischen Visa bekommt.

Moskau hatte sich zum Redaktionszeitpunkt dieses Berichts noch nicht zu der gemeldeten Ausweisung geäußert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620e6f4148fbef65b20cb34f.jpg>

**abends:**

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Nach vorläufigen Informationen wurde infolge einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung eine zivile Einwohnerin von Staromichajlowka verletzt.

**Rusvesna.su: Verlässt die Ukraine "Minsk"? Selenskij kritisierte Vereinbarungen und weigerte sich, mit Donbass zu verhandeln**

Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, sagte, die Minsker Vereinbarungen seien „mittelmäßig“ ausgearbeitet worden und bezeichnete direkte Verhandlungen mit den Republiken Donbass als „sinnlos“.

„Dieses Dokument – die Minsker Vereinbarungen – hat nichts mit russischen Truppen an der Grenze zu tun. Es hat nichts mit den Krimproblemen zu tun. Nun, das Dokument ist mittelmäßig! Es ist so konzipiert, dass wir zunächst in einer schwächeren, verlierenden Position waren“, beklagte er sich in einem Interview mit RBC-Ukraine.

Auf die Frage eines Journalisten, ob die Ukraine direkte Verhandlungen mit Donezk und Luhansk aufnehmen würde, antwortete Selenskij: „Nein, das werden wir nicht.“

"Es ist sinnlos. Sie lösen einfach nichts. Warum Zeit damit verschwenden?" fügte der ukrainische Führer hinzu.

„Ich bin der Präsident der Ukraine, warum sollte ich mich mit den Militanten an den Verhandlungstisch setzen?“, schloss Selenskij und weigerte sich damit tatsächlich offiziell, die Vereinbarungen von Minsk einzuhalten.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/zelenskiy\\_75.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/zelenskiy_75.jpg)